

Calmer Tagblatt

Nr. 128.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigepreis: Die vierteljährliche Seite 80 Bsp. Restanten 2.— Bsp. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Recusiert.

Donnerstag, den 3. Juni 1920.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Zur äußeren Lage.

Die willkürliche Auslegung des Friedensvertrags bezüglich der deutsch-dänischen Grenze.

Berlin, 3. Juni. Ueber die aufgezwungene Clausenlinie in dem Vertragsentwurf, auf den Deutschland binnen zehn Tagen eine Antwort geben soll, heißt es in der „D. Allg. Ztg.“: Die vorgesehene Grenze verläuft ungefähr wie die Clausenlinie mit einigen Abweichungen zu ungunsten Deutschlands. Neu ist gegenüber dem Friedensvertrag, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbesitz, sondern auch den Provinzialbesitz der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbesitz aller deutschen Mitglieder des früheren schleswig-holsteinischen Herzogtums erworben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge in bezug auf Staats- oder Privatgüter, nach dem Waffenstillstand abgeschlossen, sollen null und nichtig sein, wenn nicht Dänemark zustimmt.

Die Franzosen und die Anschlußbestrebungen Oesterreichs.

Salzburg, 3. Juni. Der Kapitän der französischen Mission, L'Epine, der vor einigen Tagen sich beim Landeshaupmann in Salzburg über die Anschlußbewegung informierte, hat mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Freiheitlichen Partei, Professor Karl Wagner über die Gründe für die Anschlußbewegung gesprochen. Wagner erklärte ihm zunächst, es gebe keine österreichische Nation neben der deutschen. Die Deutschen in Oesterreich, sagte er, sind Brüder der Deutschen im Reich. Sodann legte Professor Wagner auch die wirtschaftlichen Gründe für den Anschluß dar. Die von L'Epine befürwortete Donau-Förderung erklärte Wagner schon wegen des Hasses der nichtdeutschen Nationen gegen alles Deutsche für unmöglich. L'Epine gab sodann zu bedenken, daß ein Aufgehen der Süddeutschen im Deutschen Reich nicht zu wünschen sei, weil dadurch die Eigenart der Süddeutschen bedroht würde. Darauf erwiderte ihm Wagner: Es kann uns gar nichts schaden, wenn wir etwas von dem strammen norddeutschen Geist zu spüren bekommen! Schließlich kam L'Epine auf Bayern zu sprechen und sang ein Loblied auf den Kronprinzen Rupprecht, dessen Charaktereigenschaften und außerordentlichen Anhang er hervorhob. Er ließ durchblicken, daß auch Frankreich nichts dagegen haben würde, wenn sich Oesterreich an ein unter der Herrschaft Rupprechts stehendes Bayern anschließe. Darauf betonte Wagner die unbedingt republikanische Gesinnung seiner Parteigenossen. Zum Schluß erklärte L'Epine, die Entente sei bereit den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht werde, daß Oesterreich allein nicht leben könne. — Wir sehen hier klar, was die Franzosen wollen, die Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland. Nur schlimm ist es, daß der bayerische Partikularismus aus angeblich „nationalen“ Gründen ein solches Bestreben direkt begünstigt.

Druck auf Ungarn durch seine Nachbarn.

(W.B.) London, 3. Juni. (Havas.) „Times“ glaubt zu wissen, daß Rumänien, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien wahrscheinlich binnen kurzem in Paris eine gemeinsame Erklärung abgeben werden, daß Rumänien, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien, falls die ungarische Regierung nicht einen verantwortlichen Politiker zur Unterzeichnung des Friedensvertrags entsenden wird und man nicht sicher sei, ob der Vertrag vom Parlament angenommen werde oder nicht, unverzüglich Maßnahmen treffen werde, um den ungarischen Ausflüchten ein Ende zu machen. — Es ist ganz hübsch, wie es die Entente versteht, die Nachbarn der vergewaltigten Mittelmächte, sowohl Deutschlands als auch Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens, als Zwangsdiplomaten und Büttel aufzustellen.

Bulgarischer Protest gegen den griechischen Imperialismus.

Amsterdam, 2. Juni. Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Sofia, daß die bulgarische Regierung der Entente eine Note gesandt habe, in der gegen die Besetzung von Westthrazien durch griechische Truppen protestiert wird.

Neue Kriegsrüstung oder innere Gefahren in Griechenland.

Mailand, 2. Juni. Aus Athen wird gemeldet: Benizelos hat in der Kammer um die Ermächtigung ersucht, die Kriegsgesetze sofort wieder in Kraft setzen zu lassen. — Es

soll sich in erster Linie um einen Putschversuch der Royalisten handeln.

Ein vernünftiger Entschluß der türkischen Parteien.

(W.B.) Konstantinopel, 2. Juni. (Havas-Reuters.) Die nationalistischen Streitkräfte haben überall Vorteile über die Regierungstruppen erzielt. Einem Gerücht zufolge wird zwischen der Regierung und den Anhängern Kemals durch eine Mittelsperson verhandelt.

Amsterdam, 2. Juni. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung mit Rücksicht auf die allgemeine Einheitsliebe der öffentlichen Meinung bezüglich des Friedensvertrags beschlossen habe, den Feldzug gegen die Nationalisten nicht weiter fortzusetzen. Es sei nicht bekannt, ob ein Abkommen geschlossen wurde; jedenfalls ruhten auf beiden Seiten die Waffen.

Der Freiheitskampf der Iren.

London, 2. Juni. Reuters. 30 bewaffnete Männer überzogen die militärische Wache des Grundbuchamtes in Dublin und führten in Automobilen 10 Maschinengewehre, 10 Gewehre und alle Ausrüstungsgegenstände der Wache fort.

(W.B.) Amsterdam, 2. Juni. Laut „D. Chronicle“ beträgt die Zahl der in Irland befindlichen Truppen etwa 30 000 Mann.

Polnische Meldungen von der bolschewistischen Front.

Kopenhagen, 2. Juni. Einem Telegramm aus Warschau zufolge wird von der bolschewistischen Front gemeldet: Die Niederlage, die die Bolschewisten in Weißrußland erlitten, brachte die Offensive zum Stehen. In der Berefsina hat der Feind eine sehr große Niederlage erlitten. Es bestätigt sich, daß die Bolschewisten die Friedensverhandlungen mit Lettland zum Anlaß nahmen, um an der lettischen Front östlich von Dinaburg einen vergeblichen Ueberzugsversuch zu machen, bei dem sie große Verluste erlitten.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und England.

Amsterdam, 2. Juni. Dem Londoner Star zufolge erklärte Krassin bei seiner Unterredung mit Lloyd George, daß die Getreidebestände in Rußland nicht übermäßig hoch seien, daß Rußland aber eine große Menge Torf, Flachs, Häute und verschiedene andere Rohstoffe liefern könne. Lloyd George sprach Krassin gegenüber seine Bereitwilligkeit aus, Rußland aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

(W.B.) Paris, 2. Juni. Nach einer „Matin“-Meldung aus London soll Krassin bereits die Erlaubnis erhalten haben, in London eine Art Filiale der russischen Genossenschaften zu eröffnen. Krassin habe bereits in einer großen Londoner Bank ein Depot von 1 Million Pfd. Sterl. hinterlegt.

(W.B.) Amsterdam, 2. Juni. Englischen Blättern zufolge protestiert die diplomatische Vertretung der Ukraine in London bei der englischen Regierung dagegen, daß das im Besitz der Sowjetregierung befindliche ukrainische Gold bei der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Rußland als Zahlungsmittel benutzt wird.

Die englischen Arbeiter gegen die Unterstützung der polnischen Offensive.

Kopenhagen, 3. Juni. Ein Telegramm der „Berlinske Tidende“ aus Kowno gibt eine Meldung des bolschewistischen Regierungsorgans in Moskau wieder, daß die englische Arbeiterabordnung in Rußland in einem Funkpruch nach London auf die schädlichen Folgen des polnischen Feldzugs gegen Rußland für die ganze internationale Arbeiterbewegung hingewiesen habe, der auch die Arbeit des russischen Volkes für eine wirtschaftliche Wiederherstellung unterbreche. Die Delegation protestiert gegen die englische Unterstützung der polnischen Regierung bei der Offensive.

Der amerikanische Senat gegen das „Mandat“ in Armenien.

(W.B.) Paris, 2. Juni. Nach einer Havas-Meldung hat der amerikanische Senat mit 52 gegen 23 Stimmen das Mandat über Armenien abgelehnt. Die Erklärung ist sodann an das Repräsentantenhaus zurückgegangen, das auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist.

Ausland.

Der Gedenktag von Stagerak.

Stagen, 2. Juni. Anlässlich des Jahrestages der Schlacht bei Stagerak fand heute bei den Kriegergräbern auf dem Stageraker Friedhof eine stimmungsvolle Feierlichkeit statt, zu der 400 Mann der deutschen Minensuchflottille erschienen waren. Ein deutscher Offizier und ein Matrose gedachten der Gefallenen, worauf an den Gräbern Kränze niedergelegt wurden. Die Feierlichkeit schloß mit Predigt und Gebet seitens der dänischen Geistlichen in Stagen.

Der Kampf der Deutschen in der Tschechoslowakei.

(W.B.) Prag, 2. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung legte Abg. Krepel im Namen des Deutschen Verbands Berührung gegen den dem Abg. Dr. Lodgmann erteilten Ordnungsruf ein, den der Verband nicht als eine persönliche Sache eines Abgeordneten, sondern als Zensurierung einer offiziellen Verbandserklärung ansehe. Der Verband als Vertreter des deutschen Volkes erhebt gegen dieses undemokratische Vorgehen Protest. Der Präsident erwiderte, daß er nach der Geschäftsordnung nur einem Abgeordneten, aber keiner Partei einen Ordnungsruf erteilen könne, und beharrte entgegen der Erklärung Krepels auf dem gestern eingenommenen Standpunkt. Die Debatte über die Regierungserklärung wurde hierauf fortgesetzt. — Der deutsch-sozialistische Abg. Seliger gab eine Erklärung seiner Partei ab, in der diese erklärt, entschlossen zu sein, auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik an dem Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes unverrückbar und unverträglich festzuhalten. Die Aufhebung aller nationalen Fremdherrschaft, Beseitigung des bürokratischen Herrschaftssystems und eine national abgegrenzte demokratische Verwaltungsorganisation werden als unmittelbares Kampfziel bezeichnet.

Vom englischen Unterhaus.

(W.B.) Amsterdam, 2. Juni. Im englischen Unterhaus teilte ein Vertreter des Kriegsamts mit, in Polen befänden sich keine englischen Truppen, dagegen ständen im Allensteiner Abwehrgebiet und in Danzig 1 Bataillon, zusammen 1500 Mann. Man hoffe, daß das Allensteiner Bataillon bald nach Abhaltung der Abstimmung am 15. Juli zurückgezogen werden könne. Dagegen sei es gegenwärtig nicht möglich zu sagen, wann das Besatzungsbataillon in Danzig nach England zurückkehren werde. — Ein Vertreter des Schahamits teilte in Erwiderung einer Anfrage mit, daß für den Unterhalt der Besatzungstruppen in Deutschland deutsche Lieferungen im Werte von ungefähr 4 Millionen Pfd. Sterl. erfolgten. Die englischen Ersatzansprüche betragen Ende Mai 1920 etwa 45 Millionen Pfd. Sterl., wozu für den Rest des Finanzjahres 1920/21 schätzungsweise 2 750 000 Pfd. Sterling kommen würden.

Wilson lehnt eine neue Präsidentschaftsbewerbung ab.

(W.B.) Rotterdam, 2. Juni. Einer Washingtoner Meldung zufolge haben sich Wilson und der Vorsitzende der Demokratischen Partei dahin geeinigt, daß Wilsons Name dem demokratischen Nationalkonvent zur Bezeichnung des Präsidentschaftskandidaten nicht vorgelegt werden soll.

Sozialisierung der Getreidewirtschaft in Argentinien.

Buenos-Aires, 2. Juni. Eine Botschaft des Präsidenten unterbreitet dem Kongress ein Gesetzentwurf betr. die öffentliche Nutzung für alle Getreidearten und schlägt eine Steuer auf ausgeführtes Getreide vor.

Deutschland.

Die „sittenreinen“ Schwarzen.

Berlin, 3. Juni. Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Mannheim zufolge überfielen zwei französische Soldaten am Rheinhafen ein Liebespaar, vertrieben den Liebhaber und vergewaltigten das Mädchen. Die Soldaten, Marokkaner, konnten noch nicht ermittelt werden. — Bekanntlich hat doch der Befehlshaber der französischen Armee, als eine marokkanische Division vom Rheinland nach Syrien versetzt wurde, erklärt, die deutschen Beschuldigungen über die dauernden Vergewaltigungen seien unwahr, und die Truppen hätten sich sittlich tadellos benommen. — Vom französischen Standpunkt aus vielleicht schon.

Eine „grüne“ Internationale.

(W.B.) Köln, 2. Juni. Wie der bayerische Bauernführer Dr. Heim hier in einer Versammlung der Christlichen Volkspartei mitteilte, sind seitens der sämtlichen vereinigten Bau-

erzvereine Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, Belgiens, Hollands, Schwedens, Norwegens usw. Vorbereitungen zur Schaffung einer „Grünen Internationale“ für die gesamte Landwirtschaftswelt mit dem Sitz in Haag in die Wege geleitet. Am 6. August findet in Passau eine Besprechung der deutschen, österreichischen, ungarischen, bulgarischen und rumänischen Bauernführer in dieser Sache statt.

Der Reichswehrminister über die Unmöglichkeit der Heeresverminderung.

* Berlin, 3. Juni. Aus einer Unterredung mit dem Reichswehrminister teilt das „B. Tgbl.“ u. a. mit: Die Durchführung einer weiteren Heeresverminderung stößt auf allgrößte Schwierigkeiten. Die Wehrmacht verträgt es einfach nicht mehr, über ihr Schicksal weiter im Ungewissen zu bleiben. In Spa a werden hoffentlich die bezüglichen Fragen mit großer Sachlichkeit behandelt werden. Die Lösung der Frage der Heeresstärke etwa im Sinne der Verstärkung der Polizei finden zu wollen, erscheint wenig befriedigend.

Wahlmanöver oder Putschwahn.

* Berlin, 2. Juni. Ein Berliner Blatt bringt heute abend eine Zusammenfassung von angeblichen Ansammlungen reaktionärer Putschtruppen vor Berlin. Die Nachricht ist, wie aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt wird, durchaus unzutreffend. Weder in Erkner noch in Jangschleuse finden Truppenkonzentrationen statt. Von in Potsdam gelegenen bayerischen Truppen ist dort nichts bekannt. Die im gleichen Zusammenhang gebrachte Meldung von einer Räumung der Krankenhäuser in Fürstenwalde beruht vermutlich auf der Tatsache, daß eine wegen der Bildung der ersten Kavalleriedivision neu nach dort verlegte Schwadron des Reiterregiments Nr. 9 in einem Gebäude untergebracht werden soll, welches früher als Reservelazarett gedient hat. — Weiter wird gemeldet: Unter Hinweis auf die heutige Veröffentlichung des „B. Tgbl.“: „Ansammlung von reaktionären Putschtruppen“ wird amtlich festgestellt, daß alle Behauptungen des Blattes in vollem Umfang unbegründet sind. Es befinden sich im ganzen Umkreis Berlins keinerlei Truppen, die sich nicht befehlsgemäß dort aufhalten haben. Die um Berlin liegenden Truppen stehen geschlossen hinter ihren Führern. Prinz August Wilhelm befindet sich zurzeit übrigens nicht in Potsdam, sondern auf Reisen.

Die Verhandlungen zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Berlin, 2. Juni. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen im Reichsarbeitsministerium haben in der Frage des Arztentgelts zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arztwahl bedeutet. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsspruch der Unparteiischen gefällt werden. Dieser sieht bei Bezahlung der einzelnen Leistungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch der Bemessung der Pauschalvergütung zugrunde gelegt werden solle. Ueber die Annahme des Schiedsspruchs haben sich die Parteien bis 15. Juni 1920 zu erklären.

Landarbeiterstreik und seine Folgen.

Berlin, 3. Juni. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Magdeburg, durch den in der Magdeburger Börde ausgebrochenen Streik der Landarbeiter erscheine besonders die Zuckerrübenente bedroht. Gelingen es nicht, den Streik schnell zu beenden, so werde eine Reihe von Zuckerfabriken gezwungen sein, von der Absicht, die Zuckerverzeugung im Herbst aufzunehmen, abzusehen.

Gattenmord.

Berlin, 2. Juni. Am 26. Februar vor. Js. wurde aus dem Landwehrkanal der Auzapf eines Mannes gelandet, der in einen Paletot eingekleidet war. Alle Bemühungen zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten und zur Aufklärung des Verbrechens blieben zunächst ohne Erfolg. Jetzt gelang es der Kriminalpolizei, wie die Abendblätter melden, den Toten als den Oberlehrer Dr. Himberger zu identifizieren, der auf Anstiften seiner eigenen Ehefrau von deren Neffen, einem 22 Jahre alten Schlosser, ermordet worden ist. Die Frau wurde verhaftet und ist auch geständig. Um das Verbrechen zu verheimlichen, hatte sie vor einem Jahr einen unbekanntem Mann, der sich in dem Grünauer Forst erhängt hatte, als ihren Ehemann bezeichnet. Der Unbekannte wurde dann auch als „Oberlehrer Dr. Heimberger“ beerdigt.

Die Kosten der Ententekommissionen.

In welcher ungeheuren Kosten das Reich durch die Ententekommissionen gestützt wird, das zeigen die Gehälter dieser Ententevertreter, die nun bekannt werden. Der Generalpräsident der Ententekommission erhält jährlich 342 000 M., ein Präsident der Unterkommission 252 000 M., ein Ententegeneral 252 000 M., ein Oberst 180 000 M., ein Major 162 000 M., ein Subalternoffizier 152 000 M., ein Unteroffizier 69 300 M., ein einfacher Soldat 42 000 M. Die Mitglieder der feindlichen Hauptkommission in Berlin erhalten außer diesen „Berpfluggeldern“ noch Quartier und Gehalt. Das Quartier für General Nollet (Hotel Kaiserhof) kostet jährlich 144 000 M. Für die Hotelunterkunft der Berliner Kommissionsmitglieder muß das Reich jährlich 14 1/2 Millionen Mark bezahlen.

Deutsche Ferienkinder in Norwegen.

Die ersten 500 deutschen Ferienkinder sind in Christiania angekommen. Sie wurden von Damen und Herren des norwegischen Komitees, den norwegischen Pflegerinnen und zahlreichen Mitgliedern der deutschen Kolonie mit der Gattin des deutschen Gesandten, Frau von Mutius, an der Spitze, empfangen.

Amliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 28. Mai 1920 die Wiederwahl des Schultheißen Paul Karck in Unterreichenbach zum Ortsvorsteher der Gemeinde Unterreichenbach bestätigt.

Calw, den 1. Juni 1920

Oberamt: G. ö. s.

Oberamt Calw.

Betreff: Höchstpreis für Rindfleisch.

Mit Genehmigung der Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern wird für den Bezirk Calw der Preis für 1 Pfd. Rindfleisch mit sofortiger Wirkung auf 5.60 Mark festgesetzt.

Oberamtmann: G. ö. s.

Sonderbare Gerichtsverhandlungen.

Wenn das Tribunal zur Szene wird.

ml. Ueberall in der Welt sind Ernst und Würde die Attribute, die den Gerichtshof auszeichnen. Selbst wenn der Verhandlungsgegenstand geeignet ist, Heiterkeit zu erwecken, bemühen sich die Richter, das unerschütterliche Gleichmaß ihrer Amtswürde und ihrer richterlichen Macht zur Schau zu tragen. Lachen, ja schon das Lächeln ist vor den Schranken des Gerichts verpönt, und es gehört zu den großen Seltenheiten, wenn dieses ungeschriebene Gesetz einmal durchbrochen wird. Ein wenig häufiger immerhin als bei uns kommt dergleichen vor angelsächsischen Gerichtshöfen vor, wo die andersgearteten Rechtsgrundsätze und der weniger starre Formalismus hier und da einmal auch der Heiterkeit zu ihrem Recht verhelfen. Ein englischer Gerichtsschreiber hat mit Fleiß solche Fälle in einem Buche gesammelt, das eine ganze Reihe teils merkwürdiger, teils heiterer Szenen vor Gericht schildert, und aus dem einige besonders amüsante Episoden hier Erwähnung finden mögen.

Ein Londoner Vogelhändler, der einen Papagei veräußert hatte, hatte unter anderen Händlern den Käufer dadurch zu dem Erwerb des exotischen Vogels überredet, daß er ihm eingeredet hatte, dieser Papagei sei im Gegensatz zu den meisten anderen Vertretern der Art besonders zahm und gutartig, sodaß sogar kleine Kinder ohne Gefahr mit ihm spielen könnten. Der Käufer war indessen bald dahinter gekommen, daß das Schwindel war, und daß er einen Papagei erworben hatte, vor dessen Bosartigkeiten man sich in Acht nehmen mußte. Er verklagte den Vogelhändler auf Zurücknahme des Papageis, außerdem auf Schadenersatz. Vor Gericht behauptete der Händler mit Entschiedenheit, der Papagei sei tatsächlich so zahm, wie er behauptet hatte, und wenn der Käufer andere Erfahrungen gemacht habe, so liege das nur daran, daß er es nicht verstanden habe, den Vogel richtig zu behandeln. Der Verkäufer schloß seine ausgezeichnete Rede mit der Aufforderung an den Richter, einen Finger durch das Gitter des Bauers zu stecken, das der hereingelegte Käufer missamt dem Papagei an Gerichtsstelle mitgebracht hatte. Der Vogel werde dann dem Richter eine Kralle zur Begrüßung reichen. Der Richter folgte auch der Aufforderung und steckte einen Finger in das Gitter; aber in demselben Augenblick ertönte im Gerichtssaal ein Schrei. Der Papagei besaß so wenig Respekt vor dem Träger des Talars, daß er den Richter kräftig in den Finger haßte. Sobald man ihm die Wunde verbunden hatte, verurteilte er den Vogelhändler zur Rückzahlung der Kaufsumme und zur Tragung sämtlicher Kosten.

Eines Tages stellten sich vor einem englischen Gericht zwei Professionals ein, die den Spruch des Preisrichters ansuchten. Sie hatten an einem Wettkampf teilgenommen; einem von ihnen war der erste Preis zuerkannt worden. Der andere Käufer behauptete indessen, der Spruch sei falsch, und er habe in Wahrheit als erster das Ziel passiert. Eine große Zahl von Zeugen war erschienen, deren Aussagen aber miteinander nicht in Uebereinstimmung zu bringen waren. Nachdem der Gerichtshof die Beweisaufnahme beschloß, erklärte der Vorsitzende, die einzige Möglichkeit, eine Entscheidung herbeizuführen, sei, den Wettkampf zwischen den beiden Gegnern noch einmal zum Austrag zu bringen, wobei das ganze Gericht die sportliche Uebung überwache. Das Gericht setzte darauf einen Tag fest an dem der Wettkampf stattfinden sollte. Als schließlich das Ergebnis vorlag, kam das Gericht einstimmig zu der Ueberzeugung, daß der Kläger dem als Ersten platzierten Käufer durchaus überlegen sei, und daß ihm der Preis zufalle.

In einem anderen Fall war der Kläger ein Zauberer, der an ein Variete verpflichtet, nach einigen Vorstellungen aber vom Direktor entlassen worden war. Der Künstler klagte auf Bezahlung einer Monatsgage; der Direktor behauptete aber, der Mann habe nicht das Recht, eine solche Forderung zu stellen, da die Tricks, die er vorführte, alt und bekannt und überdies leicht zu durchschauen seien. Nachdem der Richter beide Parteien angehört hatte, erklärte er, ein Urteil nur fällen zu können, wenn er eine Anzahl Versuche des Zauberers gesehen habe. Der Künstler war dazu auch bereit, und er begann sofort vor Gericht eine kleine Vorstellung. Seine Künste fanden die ungeteilte Bewunderung der Richter, und seine Forderung auf Zahlung der vollen Gage wurde anerkannt.

Vor einigen Jahren gab vor dem Gericht in Liverpool ein Musiker seine Künfte im Geigenpiel zum besten. Er hatte den Inhaber eines größeren Restaurants verklagt, weil ihn dieser, obwohl er den Geiger für längere Zeit ver-

pflichtet hatte, bereits nach einigen Tagen entlassen hatte. Der Beklagte erklärte, der Mann sei als Musiker vollkommen unmöglich, und er hätte mit seiner Musik die Gäste geradezu in die Flucht gejagt. Nach einigen Einwendungen des Geigers schlug der Restaurateur vor, daß der Kläger vor Gericht eine Probe seiner Kunst gebe. Das Gericht beschloß demgemäß und vertrat die Verhandlung, bis der Geiger sein Instrument geholt hatte. Aber kaum hatte er zwei Minuten gespielt, als der Richter erklärte, er habe genug. Das Urteil lautete dahin, der Wirt habe den Geiger mit vollem Recht entlassen, und der Kläger könne keinen Anspruch auf Bezahlung erheben.

Die komischsten Szenen vor engl. und amerikanischen Gerichten gibt es meist in den Eheprozessen, und hier sind es gewöhnlich die Klagen wegen Bruchs des Eheversprechens, bei deren Verhandlung allerlei amüsante Episoden vorkommen. In einem solchen Falle behauptete die Dame, die ihren früheren Verlobten verklagt hatte, dieser habe ohne Grund das Verlöbniß aufgelöst. Der Angeklagte seinerseits führte aus, die Dame habe ein so heftiges Temperament, daß ein Zusammenleben mit ihr vollständig unmöglich sein müsse. Nachdem sich der Gerichtshof die Ausführungen der beiden Parteien eine Weile angehört hatte, stellte der Vorsitzende der Klägerin einige Fragen. Sie antwortete auch, aber es schien, als sei der Richter sehr schwerhörig; denn er fragte immer wieder zurück, sodaß sie ihre Antworten ständig wiederholen mußte. Es dauerte nur ein paar Minuten, bis sie dunkelrot vor Wut war. Schließlich ergoß sie über die Mitglieder des Gerichtshofes die ganze Schale ihres Zorns, nannte sie taube Idioten und gab dem Vorsitzenden eine schallende Ohrfeige. Der hatte aber den Schwerhörigen nur gespielt, um das Temperament der Dame zu ergründen. Zunächst bekam sie für ihr unpassendes Verhalten und für die Ohrfeige eine sofort zu verbüßende Haftstrafe; im übrigen wurde sie, mit ihrem Klageanspruch abgewiesen, weil der Gerichtshof der Meinung war, es könne keinem Manne zugemutet werden, sich an ein so liebenswürdiges Wesen für ein Leben lang zu fetten.

Wahlversammlung der deutsch-demokratischen Partei.

Unter außerordentlich großem Andrang von hier und auswärts sprach vorgestern abend in der Brauerei Weiß in der Wahlversammlung der Deutschdemokratischen Partei Landtagsabg. Kultminister v. Sieber über „Die politische Lage“. Der Redner gab zunächst einen Rückblick über die Ereignisse seit dem Friedensvertrag und der Revolution und erläuterte dabei eingehend die tieferen Ursachen unseres Zusammenbruchs. Er legte die Gründe dar, die die Einführung des Parlamentarismus rechtfertigen, besprach die Trennung der Kirche vom Staat und die beabsichtigten Reformen auf dem Gebiet der Schule und widerlegte die Vorwürfe, die der Demokratischen Partei wegen ihrer Haltung in verschiedenen Fragen gemacht werden. Dabei führte er folgendes aus: Die nächsten Wahlen haben eine ganz besondere Bedeutung. Sie werden über die Richtung entscheiden, in welcher das Staatsschiff geleitet werde. Da müsse nun zunächst festgestellt werden, daß wir den Krieg militärisch verloren haben. Diese Ansicht werde von einer großen Anzahl von hohen Generälen, darunter auch des württ. Generals Gröner, geteilt. Der Krieg sei schon verloren gewesen, als man in Deutschland noch große Hoffnungen auf Österreich, die Türkei und Bulgarien gesetzt habe. Mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg, mit dem Mißerfolg des U-Bootskriegs sei auch ein wirtschaftliches Durchhalten nicht mehr möglich gewesen. Es sei besser, diese Tatsachen einzugehen, als sich in Selbsttäuschung zu wiegen. Auf die militärische Niederlage sei dann die Revolution gefolgt. Das alte Reich sei wie ein Schutthaufen dagelegen. Wie sei das möglich geworden? Bei den linksstehenden Parteien werde das ganze Chaos dem Militarismus in die Schuhe geschoben. Es sei dies eine oberflächliche Behauptung. Von dem Krieg habe Deutschland einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren, aber eben diese Blütezeit habe ihre Rehrseite gehabt. Die unteren Stände haben sich in einen Klassen Gegensatz zu den anderen wirtschaftlich emporgetommenen Schichten gestellt und es konnte nicht verborgen bleiben, daß tiefe innere Risse durch unser Volk hindurchgingen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl war durchwühlt, wir waren auf dem Gebiet des Verfassungslebens in eine Starrheit eingetreten. Die Bismarcksche Verfassung war ein Meisterstück, aber dem Urheber sich selbst auf den Leib zugeschnitten. Nach dem Abgang von Bismarck wäre es ein dringendes politisches Gebot gewesen, die Verfassung auf eine liberalere Grundlage zu stellen. Während Bismarck mit tastender Behutsamkeit die Außenpolitik führte, habe Kaiser Wilhelm II., ein sich selbst bewußter Monarch, die Zügel in die Hand genommen und mit einer gewissen Abenteuerlust eigene Politik geführt. Im Verlaufe des Krieges habe das deutsche Volk mit Entsetzen wahrgenommen, wohin das Staatsschiff gesteuert worden sei. Noch im Kriege sei die Frage von Elsaß-Lothringen nicht als deutsche Sache, sondern als eine Frage des Wittelsbacher Hauses behandelt worden und im Osten seien neue Herzogtümer geplant worden, als der Krieg für uns schon lange verloren war. Diese Mißgriffe wären nicht möglich gewesen, wenn dem Reichstag ein größerer Einfluß auf die Politik gewährt worden wäre. Die Beibehaltung des preussischen Wahlrechts sei politischer Wahnsinn gewesen und die Gegner der preussischen Wahlreform seien jetzt die Hauptbegründer der Deutschen Volkspartei. Es sei dringend zu fordern, daß der Süden nicht dem Norden nachlaufe, sondern daß umgekehrt in Beziehung auf die notwendigen Reformen der Norden dem Süden in die Schule gehe. Woran lag

gen entlassen hatte, s Musiker vollkomer Mufti die Gäste gen Einwendungen or, daß der Kläger e. Das Gericht behandlung, bis der über kaum hatte er erklärte, er habe rt habe den Geiger läger könne keinen

und amerikanischen en, und hier sind s des Cheverspre- müßante Episoden auptete die Dame, hatte, dieser habe r Angeklagte sei- heftiges Tempe- vollständig un- richtshof die Mus- e angehört hatte, ige Fragen. Sie der Richter sehr r zurück, sodas sie hte. Es dauerte t vor Wit war. des Gerichtshofes ie taube Zdioten e Ohrfeige. Der e, um das Tempe- ht bekam sie für rfeige eine sofort de sie, mit ihrem chtshof der Mei- utet werden, sich n Leben lang zu

Partei.

on hier und au- erei Weiß in der Partei Landtags- tische Lage". Der ie Ereignisse seit e erläuterte dabei mmenbruchs. Er s Parlamentaris- Kirche vom Staat e Gebiet der Schule atistischen Partei emacht werden. n Wahlen haben über die Richtung itet werde. Da en, daß wir haben. Diese haben Generalen, r, geteilt. Der Deutschland noch und Bulgarien den Krieg, mit n wirtschaftliches- ung je besser, diese- ung zu wiegen. e Revolution ge- aufen dagelegen. kstehenden Par- us in die Schule eauptung. Vor- schaftlichen Auf- habe ihre Rehr- in einen Klassen- etommenen Stin- eiben, daß tiefe n. Das Zusam- waren auf dem eine Star- efassung war ein uf den Leib zu- wäre es ein drin- efassung auf eine Bismard mit hrie, habe Kaiser h, die Zügel in n Abenteuerlust rrieges habe das ohin das Staats- ei die Frage von ondern als eine worden und im n, als der Krieg nfiggriffe wären ein größerer Ein- Die Weisheitung Bahnfinn gewesen n seien jetzt die Es sei dringend n nachlaufe, son- twendigen Refor- gehe. Woran lag

es aber, daß das ganze stolze Heeresgebäude wie ein Kartenhaus zusammengebrochen sei? Es sei richtig, daß hierbei Verstärkungen aller Art, wie Gelder der Entente, mitgeholfen hätten, aber es sei eben in diesem Heereskörper schon manches faul gewesen und besonders seien die Anschauungen der Offiziere und des gemeinen Soldaten weit auseinander gegangen. Das militärische Unglück im November 1918 sei durch die Revolution noch gesteigert worden. Es wäre besser gewesen, wenn die Verfassung auf gefeglichem Wege zur freieren Entwicklung gelangt wäre, man sei auch auf dem besten Wege dazu gewesen, denn schon während des Krieges habe das Parlament sich einen größeren Einfluß zu verschaffen gewußt. Nach dem Zusammenbruch habe es sich darum gehandelt, das Reich im Rohbau wieder aufzurichten. Hierbei gab es drei Wege: die Wiederaufrichtung der Monarchie, die Einföhrung des Räteregiments und die Durchführung des demokratischen Gedankens als Grundlage eines neuen Ordnungstaates. Die Herbeiföhrung der Monarchie, wobei im Volk nur eigentlich an die Einzelknechte gedacht werde, wäre nur möglich durch einen neuen Bürgerkrieg gewesen, an eine Aufzöchtung des Kaisertums durch die Hohenzollern sei ohne schärfsten Widerstand der süddeutschen Bevölkerung nicht zu denken, die Wiederherstellung würde ein neues Hindernis zur Gesundung des Staates bedeuten. Der Gedanke des Räteregiments sei nicht deutschen Ursprungs, die Führer der deutschen sozialdemokratischen Parteien hätten diese Einrichtung, die höchstens für die russischen Sklavenarbeiter etwas Verlockendes habe, jederzeit abgelehnt. Von den Mehrheitssozialisten sei daher das Räteregiment als Phantasietraum abgelehnt worden. Der beschrittene Weg des Parlamentarismus aber, die Bildung einer Koalitionsregierung, habe Deutschland gerettet. Die drei Parteien werden getrennt bleiben, aber auf der gemeinsamen demokratischen Grundlage der Staatsverfassung werde eine nationale Pflicht gegen Volk und Staat erfüllt. In alten nationalliberalen Kreisen sei man durch die Entwicklung etwas enttäuscht worden, aber man müsse doch einsehen, daß es in 1 1/2 Jahren nicht möglich gewesen sei, die alten Zustände wieder einzuföhren. Es habe eine große wirtschaftliche Zerstörung gegeben, die nicht in kürzester Zeit gehoben werden konnte. Die gleichen Erscheinungen seien ja auch in den siegreichen Ländern, selbst in Amerika, zu beobachten. Es sei vor Plan, eine berufsständische Vertretung einzuföhren, von verschiedenen Seiten aufgetaucht. Der Gedanke habe manches Gute, aber das Staatsoberhaupt könne nur durch politische Wahlen zu seiner Stellung kommen. Es sei ja der Reichswirtschaftsrat gebildet worden und man solle nun ruhig abwarten, was dieser leisten werde. Dem parlamentarischen System werde nun der Vorwurf gemacht, man habe schlechte Erfahrungen damit hervorgezogen, es sei aber zu bedenken, daß andere Völkler in dieses System hineingewachsen, das deutsche Volk aber hineingestoßen worden sei. Alle neueren Völkler seien dazu übergegangen, dem Volkswillen durch das Parlament Geltung zu verschaffen. Unsere innere Verfassung sei vollständig rüstständig gewesen. Aufgerichtet sei nun ein rein weltlicher Staat. Es sei deshalb die Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen worden. Auch ohne Krieg wäre mit der Zeit eine derartige Trennung notwendig geworden. Im Grundsatz sei schon durch die Reformations eine Trennung von Staat und Kirche entstanden. Das religiöse Leben werde durch die Trennung keine Verschlechterung, sondern eine Besserung erfahren wie in Amerika. Die Trennung werde mit aller Behutsamkeit durchgeführt werden, zunächst habe sie vorwiegend den Charakter einer Vermögensauseinandersetzung angenommen. Auf dem Gebiet der Schule soll der Religionsunterricht ein Bestandteil des öffentlichen Unterrichts bleiben. Damit sei ein gewisses Maß des Einflusses der Kirche mit verbunden. Die Eltern sollen aber die Freiheit erhalten, ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien zu können und die Lehrer seien nicht verpflichtet, den Religionsunterricht zu erteilen. Nachdem sich der Redner noch des näheren über Schulgaltungen ausgesprochen hatte, widerlegte er die der Demokratischen Partei gemachten Vorwürfe. Den Vorwurf, als fehle es der Demokratischen Partei an richtiger nationaler Gesinnung, wies er energisch zurück und bezeichnete diese Anklage als Unart und Unverschämtheit. Die Revision des Versailler Friedens auf dem Wege der Gewalt sei eine wahnwichtige Forderung. Die Unterzeichnung des Friedens kann den Mehrheitsparteien nicht in die Schuhe geschoben werden, sie war einfach eine Notwendigkeit. Im Interesse aller Stände gelte es, den Staat wieder aufzubauen, auch die gebildeten Schichten haben die Pflicht, mitzuarbeiten, ein Herrenstandpunkt von oben und unten her müsse aber abgelehnt werden. Der Vorwurf, die Demokratische Partei sei für den Generalstreik eingetreten, sei nicht stichhaltig. Es könne politische Zeiten geben, wo der Generalstreik notwendig und erlaubt sei. Es sei oft das raschest wirkende Mittel, eine große Gefahr zu beseitigen. In Württemberg haben seinerzeit die Beamten auch den Generalstreik proklamiert. Eine reine Arbeiterregierung sei in Deutschland unmöglich, ebenso aber auch eine rein bürgerliche Regierung. Die Bürgerpartei lehne ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie ab, was einfach unmöglich sei. Die Deutsche Volkspartei verfare mit allen Parteien glimpflich, nur die Demokratische Partei werde von ihr aufs heftigste angegriffen. Die Zersplitterung der Parteien sei bedauerlich und werde schwere Schäden bringen, unser ganzes politisches Leben dränge auf Vereinheitlichung; vier Parteien wären genug. Die demokratische Anschauung sei die sicherste Grundlage zu einer stetigen Entwicklung unseres Staatslebens, sie stelle die beste Aussicht für eine glückliche deutsche Zukunft dar. Der Redner, der in marxanten, tiefgründigen und überzeugenden Ausführungen die politische Lage erläuterte und eine Klärung der bestehenden Ansichten und Vorwürfe herbeiföhrte, erntete brausenden Beifall. Handelschuldirektor Fischer, der die Versammlung geleitet hatte, sprach dem Redner noch den besonderen Dank der großen Versammlung aus. Eine Diskussion fand nicht statt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Juni 1920

Vom Rathaus.

In der gestern unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner abgehaltenen Gemeinderatsitzung wurden die Strompreise des Elektrizitätswerks erhöht. Die seitherigen Strompreise sind gegenüber andern Städten bedeutend zurückgeblieben. Die Arbeitslöhne sind stark in die Höhe gegangen, sie erfordern einen jährlichen Mehraufwand von 21 000 M.; die Kosten für Treiböl sind riesig in die Höhe geschnekt, der Mehraufwand beträgt 50 000 M. Durch eine Erhöhung der Strompreise soll eine Mehreinnahme von 90 000 M erreicht werden. Es stellt sich als notwendig heraus, daß aus dem Elektrizitätswerk für die Stadtkasse eine Einnahme herausgewirtschaftet werden muß, da in nächster Zeit außerordentlich hohe Schullasten durch die Erhöhung der Gehälter entstehen werden. Es wird deshalb beschlossen, den Preis für Licht von 85 ¢ auf 1.30 M für Kraft von 55 ¢ auf 90 ¢ für die Kilowattstunde zu erhöhen, ebenso soll die Zählermiete um 50 Proz. erhöht werden. Für Unterzähler sind künftig statt 20 ¢ monatlich 30 ¢ zu bezahlen. Die Erhöhung tritt vom 1. Juni an in Kraft. Der Kokspreis im Gaswerk war bisher außerordentlich niedrig gehalten, da die Abgabe hauptsächlich an bedürftige Einwohner erfolgte. Da hierin aber eine gewisse Verringerung eingetreten ist, so ist eine Erhöhung nötig geworden. Seit dem 1. April sind auch die Kohlenpreise bedeutend in die Höhe gegangen, ebenso ist die Kohlenbefuhr höher geworden. Die Arbeitslöhne sind um 26 000 M. die Mehrausgabe für Kohle um 36 000 M gestiegen. Die Säge für Koks werden vom 1. Juni ab in folgender Weise festgelegt: für zerkleinerten Koks 22 M. per Ztr., für unzerkleinerten 21.50 M, für Bohlenkoks 20 M, für Abfallkoks 18 M, für Schlacken 10 M pro Kubikmeter. Leer kostet 2.50 das Kilogramm und Koksgrös 12 M der Ztr. Die Gasmessermiete soll ebenfalls um 50 Proz. erhöht werden. Nach dem Vorgang anderer Städte und wegen eines Ausgleichs für die gestiegenen Auslagen sollen die Wasserzölle durchschnittlich um 150—200 Proz. erhöht werden. Damit soll eine durchgreifende Neuaufnahme und Neueinschätzung der zinspflichtigen Gebäude und Gärten verbunden sein. Bei den Preisen ist eine Staffelung vorgezogen, so daß die Anzüge nach Lage der Sache und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse getroffen werden können. Die Vermieter können selbstverständlich die Erhöhung auf ihre Mieter nach der Art der Wohnung umlegen. Für die Kanalisation der Panoramastraße liegen einige Anträge vor. Es sollen nun Pläne ausgearbeitet und später zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Vertrag mit der Zentralstelle für die Landwirtschaft wegen Errichtung einer Landwirtschaftlichen Winterschule in der Brauerei Dreiß wird angenommen. Auf Antrag der Verwaltungsabteilung wurden einige städtische Arbeiter unter die ständigen aufgenommen. Ueber den Stand der Torfrage wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß heute Oberforststrat Müller und Oberbaurat Cong von der Zentralstelle eine Besichtigung des Torfmoors vornehmen werden. Es werde sich dann in Bälde entscheiden, ob der Staat das Torfmoor an die Stadt verpachte. Das Moor war schon einmal im Jahr 1830 an die Stadt verpachtet gewesen. Eine städtische Kommission war in Schuffentried, um den Betrieb der dortigen Moorwerke kennen zu lernen und Vorarbeiten für eine etwaige Ausbeutung des Würtzbacher Torfmoors zu treffen. Es ist dringend zu wünschen, daß bei der mangelnden Versorgung mit Brennholz der Staat das Torfmoor zur Verfügung stellt.

Lieferungsverträge über Kartoffeln.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Dr. Freiherr v. Schorlemer-Lieser hat an die Landwirte Deutschlands für den sofortigen Abschluß von Lieferungsverträgen über Kartoffeln folgenden Aufruf erlassen: Der erste Grundstein aus dem Gebäude der öffentlichen Bewirtschaftung ist gefallen. Die Kartoffel, dasjenige Erzeugnis, dessen Zwangsbewirtschaftung die Landwirte mit am meisten bedrückt hat, wird von jeder weiteren Bewirtschaftung frei, wenn die deutsche Landwirtschaft bis zum 1. August 6 Millionen Tonnen Speisekartoffeln auf dem Wege des Lieferungsvertrags sicherstellt. Dies wird und muß gelingen. Für den Abschluß der Lieferungsverträge, die nur von Landwirtschafts- und Handelsgenossenschaften und deren Beauftragten abgeschlossen werden dürfen, ist die Anbaufläche der einzelnen Betriebsgrößen maßgebend, ohne daß dadurch eine Vereinbarung über größere Lieferungs mengen ausgeschlossen wird. Betriebe von 2—3 Hektar liefern 2,5, solche von 2—5 ha 5, Betriebe von 5—10 ha 10, solche von 10—15 ha 15 und Betriebe von über 50 ha 20 Zentner vom Morgen ihrer Kartoffelanbaufläche. Ueber den Rest der Ernte steht dem Erzeuger die freie Verfügung zu. Für jeden auf den Lieferungsvertrag gelieferten Zentner Kartoffeln kommt zu dem bereits festgesetzten Mindestpreis von 25 M ein Aufschlag von 5 M dazu. Das gesamte für die Landwirtschaft wie für die Verbraucher gleich günstige Ergebnis ist den Bemühungen des Städtetags, der Genossenschaftsverbände und des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft zu verdanken. Nur dann, wenn die Landwirtschaft nicht verzagt, ist auch der Abbau der Zwangsbewirtschaftung bei den übrigen Erzeugnissen auf gleichem oder ähnlichem Wege zu erreichen. — Es handelt sich hier um preußische Morgen. Der preußische Morgen mißt 25 a, der württembergische 31 1/2 a, der badische 36 a. Die Lieferungs mengen haben zur Voraussetzung,

daß die Zahl der zu versorgenden Betriebsangehörigen nicht mehr als 5 Personen beträgt.

Preisabbau auf dem Holzmarkt.

Der Abbau der Preise am Holzmarkt ist nicht aufzuhalten. Mancher Forstbesitzer, der immer höhere Preise abwarten wollte, ehe er sein Holz verkauft, hat nun den günstigen Augenblick verpaßt und ist an seinen Beständen hängen geblieben. Die Besserung der Marktwährung macht zur Zeit eine Ausfuhr unmöglich. Dazu kommt, daß Finnland, Polen und Schweden stark anbieten. Das gesamte deutsche Sägmühlengewerbe ist ganz auf den inländischen Absatz eingestellt, der einstweilen völlig stockt. Eine Besserung am Holzmarkt ist vorläufig nicht in Sicht. Erfahrungsgemäß ist der Sommer für das Holzbearbeitungsgewerbe immer eine Zeit der Ruhe. Kauflust und Kaufkraft sind geschwunden, die Möbellager mit teureren Beständen angefüllt; das Baugeschäft ruht. Immerhin wird, wenn Gebrauchsmöbel wieder billiger sind, auch eine stärkere Nachfrage einsehen, aber nicht aus den Schichten, die bisher teure Möbel sich erkanden, sondern aus den Kreisen der Festbesoldeten und Arbeiter, die für eine Kücheneinrichtung 1000 Mark, nicht aber 2000 Mark anlegen können.

Verbandsstag des württ. Fleischerverbands.

Am Sonntag und Montag fand in Rottweil der Verbandstag des württ. Fleischerverbands statt, zu dem etwa 1400 auswärtige Teilnehmer erschienen waren. Am Sonntag vormittag fand die Versammlung der Häuteverwertungsgesellschaft statt, bei der Häutermann-Stuttgart berichtete. Bei einem Festabend entbot Stadtschultheiß Glükner die Grüße der Stadtverwaltung. Bei der eigentlichen Fleischertagung wurde auf die ungeheure Steigerung der Schwarzschlachtungen und auf die Verhältnisse bei der Stuttgarter Fleischversorgung hingewiesen. Nach Berichten von Frank und Stüde-Stuttgart fand eine Entschließung Annahme, die den Abbau der Zwangsbewirtschaftung bei Vieh und Fleisch verlangt, vorweg der Schweine, Rinder und Schafe, und die die Beseitigung der Häutemehrertlös-Berordnung fordert.

Mitmaßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Der Hochdruck aus dem Westen kommt allmählich mehr zur Geltung und läßt für Freitag und Samstag vorwiegend heiteres und trockenes Wetter bei stärkerer Erwärmung erwarten.

(S.C.B.) Reutenbürg, 2. Juni. Im nahen Birkenfeld hat ein ehemaliger Kriegsteilnehmer, der 24 Jahre alte Ernst Döschläger, der schwer nervenleidend war, in geistiger Störung seine Braut Luise Messinger, auf dem Friedhof durch vier Stiche in den Rücken schwer verletzt. Dann stach er sich selbst in die Schläfe und ertränkte sich in der Enz am Wehr der Birkenfelder Mühle. Der Grund der Tat war lediglich Lebensüberdruß und Kränklichkeit.

(S.C.B.) Nagold, 2. Juni. Die Witwe des jüngst verstorbenen Gasthofbesizers Ernst Knodel zum „Röhlle“ hat ihr Anwesen an die Stadt um den Preis von 270 000 Mark verkauft. Die Stadtverwaltung beabsichtigt, das ganze Haus für Wohnzwecke zu verwenden.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Juni. Die Zufuhr von Rirschen auf den heutigen Großmarkt war reichlich. Durchschnittlich wurden 1.20 M für das Pfund bezahlt. Im Kleinhandel kletterten die Preise aber wieder bis zu 2 M hinauf. Die Ausfuhr von Rirschen nach Bayern ist wieder freigegeben. Prestlinge wurden auf dem Großmarkt von 2.20 an abgegeben.

(S.C.B.) Wöflingen, 2. Juni. Wie bei anderen Verkaufsterminen, so war auch bei der Versteigerung im Forstamt Wöflingen der Erlös für Forststammholz erheblich niedriger, wie der für Fichten und Tannen; während jenes etwa 390 Proz. erzielte, betrug die Bewertung für diese 470 der Taxen.

(S.C.B.) Schwenningen, 2. Juni. Nachdem die Schuhindustrie schon längere Zeit unter schlechtem Geschäftsgang zu leiden hat, macht sich der Konjunkturmangel nun allmählich auch in der Hrenindustrie geltend. Neuerliche Forderungen der Arbeiter nach Erhöhung des Tarifs wurden von den Unternehmern mit dem Hinweis auf die Krise abgelehnt. Es müsse jetzt schon auf Lager gearbeitet werden. Die Arbeiter dürften froh sein, wenn keine Entlassungen eintreten. Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind eingeleitet.

(S.C.B.) Vom Unterland, 2. Juni. Die Heuernte, die schon einige Tage begonnen, ist lebhaft im Gange. Die Kleernte ist bereits vorüber und schließt sich die der Wiesen unmittelbar an. Was Qualität und Quantität anbetrifft, so kann jetzt schon festgestellt werden, daß mit einem überreichen Ergebnis gerechnet werden kann.

Druck und Verlag der A. Oßlagerschen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selkman, Calw.

Reklameteil.

Wohin sind wir geraten?

Noch nicht genug des Alends? Auch noch Aedifikation und völliger Untergang?

Nein!

Nur eine Rettung:

Jürgerlich wählen!

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Buttermarke Nr. 3 kann eingelöst werden.

National — nicht reaktionär,
Liberal — nicht demokratisch,
Sozial — nicht sozialistisch.
das ist die **Deutsche Volkspartei** (National-liberale Partei.)

Württ. Bürgerpartei.
Am Freitag, 4. Juni, abends 8 Uhr findet im Saale der „Brauerei Weiß“ eine öffentliche **Wählerversammlung** statt, in der Herr Oberpräzeptor Baitinger-Feuerbach über das Thema **Was verlangen wir von der neuen Regierung** sprechen wird. Freie Diskussion. Alle Wähler sind freundlichst eingeladen. Der Ausschuss.

Liebelsberg, 2. Juni 1920.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme, welche wir aus Anlaß des Trauergottesdienstes für unseren so lange vermissten, gefallenen, lieben Sohn und Bruder
Christian Schroth
von Liebelsberg
erfahren durften, sagen wir allen Bekannten und Freunden herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir den Kriegervereinen für ihr treues Gedenken um den gefallenen Kameraden.
Familie Schroth.

Benno-Pillen und -Tee
sind ein vielbewährtes unschädliches Mittel bei **Blutandrang, Kopfschmerzen, Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.** Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno. Preis für Pillen Mk. 2.50 und Tee Mk. 2.50 die Schachtel. Zu haben in allen Apotheken.

Prima Zement-schlackensteine
10×12,25 und 12×14,25 cm
stets auf Lager und werden diese gegen Freigabeschein der Bezirksbaustoffstelle abgegeben. — Gleisanschluss. Versand auch waggonweise.
Gottlieb Pfeiffer, Calw
Bau- und Schlackenstein-Geschäft
Mühlweg 240 — Fernsprecher 146

Zugelaufen
ist mir ein **schwarzer Spiger.**
Derselbe kann von dem Eigentümer gegen **Einzahlungsgeld** und Futtergeld abgeholt werden.
Christian Hauser, Kohlerstal.

Brechtors,
brikettartige Ware,
von hohem Heizwert, bietet in Waggonladungen und kleineren Mengen günstig an
A. L. u. g.,
Fernsprecher Nr. 6.

Haferflocken
Hafergries
Hafermehl
empfiehlt ohne Marken
Otto Jung,
Landesprodukte.

Graue, braune u. blaueleinene **Sommerdecken,** sowie **Ohrenkappen und Brustwege, (echte) Sunnhosenträger** wieder lieferbar u. empfiehlt **Otto Weiser, Sattlerei, Kronengasse, Guldes Nachfolger.**

Guter Reisetasche haltene **zu kaufen gesucht.** Angebote m. Preis unter **B. K. an d. Geschäftst. d. Bl.**

Für Schreiner. 1 Leimofen bereits neu, samt Rohr zu verkaufen. Anzusehen bei **Schlossermeister Brodbeck, Wegzergasse.**

Ein sehr gutes haltenes **Fahrrad** mit Freilauf und neuer Bereifung ist zu verkaufen. **Liebenzell, Burgstraße 9.** Anzusehen von **nachmitt. 3 Uhr ab.**

Weil überzählig, setze ich mein 7-jähriges **Pferd (Braunwallach)** dem Verkaufer aus **Lorenz Siegle, Landwirt, Weibersdorf.**

Habe eine trüchtige, prämierte, französische **Widder-Häsin** im Gewicht von 20 Pfund zu verkaufen **Friedrich Reutlinger, Kaninchenzücht., Weinberg PostLieberzell, Neuenbürg.**

Heugras-Verkauf (30 a)
Samstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr bei meinem Garten (Kapellenberg)
Fr. Gehring.

Zwei neue **Dualfässer** je 255 und 280 Liter haltend, jetzt dem Verkauf aus **S. Reutter, Rißer, Altblach.**

Mitbürger! Demokraten und Sozialdemokraten haben unsern Staat ruiniert!
Wer kann uns retten?
Nur die **entschiedene Rechte!**
Darum nichts Halbes!
Wählt:
Württ. Bürgerpartei!

Wer hat das Blut auf dem Gewissen?
Wer hat Millionen deutscher Jünglinge und Männer in den Tod geschickt und sie zu Krüppeln schießen lassen? Wer hat den Jammer der Hinterbliebenen und den Jammer der Siechen und Verkrüppelten verschuldet? **Die Kriegsbeher der reaktionären Rechtsparteien, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei!** Wähler, wollt ihr die Verbrecher am deutschen Volke in den Reichstag schicken? Nein, darum wählt sozialdemokratisch!

la. Mostansatz empfiehlt noch steuerfrei, sowie bei der Fleischnot
la. amerik. Büchsenfleisch in 750 gr.-Dosen
G. Wohlgemuth, Bad Liebenzell.

Der **Grasertrag** von ca. 3 Morgen Wiese am Hirsauer Weg (links) kommt **Donnerstag Abend 8 Uhr** an Ort und Stelle an den Meistbietenden zum Verkauf.
Alfred Pfeiffer, Baumaterialienhandlung.
2 guterhaltene **Bettladen** sind zu verkaufen **Lederstraße 183.**

Zwei **Bettroste** 90×190 (guter Drilch) hat zu verkaufen **Abolf Sunginger, Tapeziergeschäft.**
Verkaufe ein guterhaltene **Hand-Britschenwägel mit Räder** **Albert Knoll, Altbürgerstraße 285.**

Achtung, Wählerinnen! Achtung, Wähler!
Fort mit der Neglerung des Generalstreiks!
Wer eine anständige, starke Regierung will, der stimme am 6. Juni **nur für Württ. Bürgerpartei.**


A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw
Lederstraße 151. Fernsprecher Nr. 9
Herstellung aller in Handel und Gewerbe benötigten **Drucksachen** wie
Rundschreiben, Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Besuchsanzeigen, Adressen, Preislisten, Briefumschläge, Postkarten u. Adresskarten, Paketkarten, Lieferscheine.
Neuzeitliche und rasche Ausführung.

Calw.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 5. Juni 1920** stattfindenden
Hochzeits-Feier in die Restauration von Weiß (frühere Brauerei Dreiß) freundlichst einzuladen.
Paul Beyer, Hilfschaffner, Böckingen.
Anna Ungerer, Tochter des Bahnhofsaufsehers Ungerer hier.
Kirchgang 2 Uhr.

Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 5. Juni 1920** stattfindenden
Hochzeits-Feier in das Gasthaus zum „Adler“ in Oberkollbach freundlichst einzuladen.
Gottlieb Wenger, Sohn des Christian Wenger in Steinbronnen.
Christine Hammann, Tochter des Michael Hammann in Oberkollbach.
Kirchgang 1/2 12 Uhr in Altbürg.
Wir bitten, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Zuverlässiges, tüchtiges **Mädchen** für 15. Juni oder 1. Juli **ge sucht.** Kochkenntnisse erwünscht.
Frau Dr. Antenrieth.
Gehr. 1/2-1-pferd.

Drehstrom-Elekt.-Motor 220 Volt Kupferw. **zu kaufen gesucht.** Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Kurzgefägliches, trockenes Brennholz kann sofort geliefert werden
L. Kürcher, Sägewerk, Hirsau.

Ein Paar **Bergstiefel** Größe 41, hat im Auftrag zu verkaufen
Carl Fischer, Schuhgeschäft, Stuttgarterstraße.

Mädchen für Küche und Zimmer **ge sucht**
Braun, z. Lamm, Altbürg.
Neuenbürg.
Ordentl.

Sunge, welcher die Bäckerei gründl. erlernen will, wird sofort angenommen, bei
Ehr. Mayer, Bäckermeister.

Oberlengenhardt. Eine sehr gut erhaltene **Schnell-Wage** bis 155 Kg. mit eisernem Brett, verkauft preiswert
Ulrich Stahl.

Stroh hat zu verkaufen
Gottlob Pfäffle, Merklingen.